

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer**

am

1. Juni 2021

zum Thema

*„10 Jahre Istanbul-Konvention und Schutz Einrichtung Frauenhaus Linz“*

Weitere Gesprächsteilnehmerin:

- Margarethe Rackl, Geschäftsführerin Frauenhaus Linz

**Impressum**

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

Laut UNO und WHO steigen gewaltsame Übergriffe gegen Frauen und Mädchen weltweit stark an. Sie treffen Frauen unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialer Stellung. Zwei von drei Übergriffen passieren in der Familie oder im engsten sozialen Umfeld. Auch in Oberösterreich sind die Zahlen seit Jahren trotz vieler Gewaltschutz- und Präventionsangebote konstant hoch.

*„Vierzehn Frauenmorde in Österreich seit Jahresbeginn haben die Öffentlichkeit, Medien und Politik schockiert und aufgerüttelt. Diese von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordeten Frauen sind aber nur die traurige und sichtbare Spitze des Eisbergs – Mord ist die letzte und extremste Eskalationsstufe einer meist langen Gewaltgeschichte. Wie hoch die Zahlen gewalttätiger Übergriffe in den eigenen vier Wänden tatsächlich sind, lässt sich nur erahnen, denn sie finden im Verborgenen statt, werden häufig von den Opfern aus Scham verschwiegen und daher nicht angezeigt. Die Corona-Krise hat die Lage der Frauen, die bereits vorher in toxischen Partnerschaften gelebt haben, noch weiter gefährlich verschärft“,* sagt Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer.

## **10 Jahre Istanbul-Konvention**

Die Istanbul-Konvention ist das derzeit wichtigste Rechtsdokument zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen in Europa. Das Übereinkommen wurde am 11. Mai 2011 während des türkischen Europarats-Vorsitzes in Istanbul zur Zeichnung aufgelegt und ist am 1. August 2014 in Kraft getreten. Die 34 Vertragsstaaten, darunter auch Österreich, haben sich damit zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verpflichtet. Dazu gehören Mindeststandards für Prävention und Schutz, ein Angebot von Dienstleistungen wie Hotlines, medizinische Leistungen, Beratungen und Rechtshilfen bei Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Der Gewaltbegriff umfasst - neben körperlicher und sexueller Gewalt - auch psychische Gewalt, Stalking sowie sexuelle Belästigung.

Österreich hat dieses internationale Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt als eine der ersten Mitgliedstaaten unterzeichnet und sich damit verpflichtet, das Abkommen umzusetzen.

*„Leider sind die an sich positiven gesellschaftlichen Auswirkungen der Konvention angesichts der erschreckend hohen Zahl an Femiziden in Österreich nicht recht spürbar. Die Pandemie hat die Lage von Opfern häuslicher Gewalt enorm verschlechtert. Umso wichtiger ist, dass die Istanbul-Konvention als Instrument zum Schutz von Frauen und Kindern ernstgenommen wird.“*

*In Österreich ist vieles noch immer nicht umgesetzt, sondern wurde immer wieder auf die lange Bank geschoben – beispielsweise flächendeckende Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt. Als Sozial-Landesrätin stelle ich heuer 4,5 Mio. Euro aus meinem Ressort für den Gewaltschutz bereit, doch auch der Bund muss jetzt endlich seiner völkerrechtlichen Verpflichtung nachkommen und die entsprechenden finanziellen Mittel bereitstellen“, so Gerstorfer.*

### **Schutzeinrichtung Frauenhaus Linz**

Das Frauenhaus Linz bietet misshandelten, bedrohten Frauen Schutz und Sicherheit vor gewalttätigen Angehörigen. Hier bekommen Frauen rechtliche und psychosoziale Beratung, Begleitung zu Ämtern und Behörden und vor allem eine sichere und sofortige Wohnmöglichkeit für sich und ihre Kinder. Wer Opfer von Gewalt wird, kann sich jederzeit und rund um die Uhr an das Linzer Frauenhaus wenden.

Das Angebot der umfassenden psychosozialen Beratung bei Beziehungsproblemen und in Trennungssituationen gilt auch für Frauen, die nicht im Frauenhaus wohnen. Mehr als 1.000 ambulante Beratungen pro Jahr leisten die Mitarbeiterinnen des Linzer Frauenhauses, etwa 80 bis 90 Frauen mit meist etwa ebenso vielen Kindern brauchen jährlich das Frauenhaus als Wohn-Schutzeinrichtung. Manche Frauen bleiben nur kurz, in anderen Fällen dauert es aber bis zu einem Jahr, bis die akute Bedrohung durch den Partner endet und mit den Kindern ein eigenständiges, gewaltfreies Leben begonnen werden kann.

*„Frauenhäuser waren auch während der Pandemie immer offen und für Betroffene da – was speziell nach dem ersten Lockdown sehr wichtig war, damals mussten sogar Zusatzquartiere geschaffen werden. Aktuell sind Plätze wieder verfügbar. Die jährliche Auslastung liegt bei knapp 90 Prozent. Als Krisenwohneinrichtung sollten Frauenhäuser immer aufnahmefähig sein – das ist bei dieser hohen durchschnittlichen Auslastung nicht immer gewährleistet“, sagt Frauenhaus-Leiterin Margarethe Rackl.*

Herausforderungen, vor denen Frauenhäuser und andere Gewaltschutzeinrichtungen immer wieder stehen, liegen oft an den Strukturen: eine Forderung der Konvention ist auch - neben gleichstellungsfördernden Maßnahmen allgemein - die vermehrte Sensibilisierung und Information von verschiedenen Berufsgruppen, die mit Opfern und Tätern zu tun haben: u.a. im Gesundheitswesen, in Polizei und Justiz.

	<b>Auslastung</b>	<b>Plätze</b>	<b>Anzahl der Betreuten Frauen u. Kinder</b>
<b>Frauenhaus Linz</b>	87,62 %	17	73 Frauen + 88 Kinder
<b>Frauenhaus Steyr</b>	92,24%	<b>6</b>	24 Frauen + 28 Kinder
<b>Frauenhaus Wels</b>	89,5%	<b>6</b>	27 Frauen + 29 Kinder
<b>Frauenhaus Ried</b>	74%	<b>6</b>	24 Frauen + 24 Kinder
<b>Frauenhaus Vöcklabruck</b>	83,52%	<b>6</b>	38 Frauen + 22 Kinder

### **Ausbau und Modernisierung der Frauenhausplätze**

Das Sozialressort des Landes finanziert derzeit **fünf Frauenhäuser** in Oberösterreich - in Linz, Wels, Steyr, Ried im Innkreis und Vöcklabruck.

Aufgrund der hohen Auslastung und der nicht mehr zeitgemäßen Wohnverhältnisse werden das **Frauenhaus in Ried** und das **Frauenhaus Steyr** 2021 an einem neuen Standort **durch einen Neubau ersetzt**. In **Braunau** ist noch in diesem Jahr der Spatenstich für ein **sechstes Frauenhaus** geplant.

Das Mühlviertel und Innere Salzkammergut werden ebenfalls ein modernes Frauenhaus bekommen. Derzeit läuft die Suche nach einem geeigneten Grundstück im Unteren Mühlviertel, bei Erfolg kann ein Baustart dort bereits 2022 erfolgen.

### **Präventionsangebote:**

Das Sozialressort des Landes fördert auch **sechs Übergangwohnangebote**. Diese Wohnungen sind ein Angebot für Frauen und deren Kinder, die in einer stark belasteten, krank machenden und/oder von latenter Gewalt betroffener häuslichen Beziehungssituation leben. Sie bietet betroffenen Frauen und Kindern eine zeitlich befristete Wohnmöglichkeit und die Möglichkeit Ruhe zu finden, um Vergangenes zu verarbeiten und mit professioneller Unterstützung und Begleitung konkrete Schritte in die Zukunft zu planen und zu realisieren. Sie bieten aber keine besonderen Schutzmaßnahmen wie die Frauenhäuser, daher werden von akuter Gewalt betroffene Frauen immer an ein Frauenhaus weitervermittelt!

*„Der von mir geforderte flächendeckende Ausbau von Frauenübergangswohnungen in allen Bezirken wird bereits seit drei Jahren im Frauen-Unterausschuss blockiert. Ich hoffe sehr, dass*

*die anderen Landesparteien hier endlich grünes Licht für eine dauerhaft abgesicherte Finanzierung geben“, so Birgit Gerstorfer.*

Das Sozialressort des Landes OÖ fördert weiters das **Gewaltschutzzentrum OÖ**, das **Autonome Frauenzentrum** sowie **sieben Frauenberatungsstellen**, die kostenlose Gewaltschutzberatungen anbieten. Da es neben dem Opferschutz auch ein geeignetes Angebot für Täterinnen bzw. Täter braucht, wird seit dem vergangenen Jahr ein entsprechendes Angebot für sogenannte „Täterarbeit“ gefördert. Das **Beratungszentrum BEZIEHUNGLEBEN.AT** der Diözese Linz unterstützt dabei in den Beratungsstellen Bad Ischl, Braunau, Freistadt, Gallneukirchen, Gmunden, Kirchdorf, Linz, Linz-Urfahr, Perg, Rohrbach Steyr, Vöcklabruck und Wels.

Das Beratungsangebot von BEZIEHUNGLEBEN.AT bietet einen niederschweligen Zugang für Menschen, die bereit sind, sich mit ihrem Gefährdungspotential lösungsorientiert auseinander zu setzen. Häufig suchen Täter die Schuld beim Opfer. Was hat sie getan, dass es so weit gekommen ist? Und werden etwas finden: sie hat mich provoziert, sie hört nicht auf zum Streiten. In den Beratungen werden Täter mit ihrem Verhalten konfrontiert und lernen Verantwortung dafür zu übernehmen. Sie lernen Gefühle und Bedürfnisse zuzulassen sowie sich gewaltfrei durchzusetzen. Wenn Alkohol im Spiel ist, wird zuerst versucht, dieses Thema in den Griff zu bekommen.

*„Gewalttätige Männer sind häufig Wiederholungstäter und lassen meist mehrere Opfer ihres Verhaltens zurück. Die Arbeit mit ihnen kann weitere Gewalt und damit neue Opfer verhindern“,* so Birgit Gerstorfer.

*„Wie bereits erwähnt, stelle ich aus meinem Ressort 4,5 Millionen Euro für Gewaltschutzangebote bereit. Die aktuelle Entwicklung und die hohe Zahl schwerster Straftaten gegen Frauen machen es dringen notwendig, dass die Budgetmittel des Bundes für die Akuthilfe, die gegenwärtig vorrangig von den Bundesländern finanziert wird, deutlich erweitert werden. Gemeinsam mit den Sozial-Landesrätinnen aus sechs Bundesländern habe ich in einem offenen Brief an die Bundesregierung auch einen Schwerpunkt in der präventiven Arbeit sowie im Rahmen von opferschutzorientierter Täterarbeit gefordert. Es braucht Fallkonferenzen in jedem Bundesland, bestehend aus Vertreterinnen von Frauenhäusern, Gewaltschutzzentren, Polizei und Justiz. Diese ermöglichen eine schnelle Aufarbeitung von Vorfällen und besseren Schutz für Gewaltopfer“,* fordert Birgit Gerstorfer.